Abfallentsorgung...

Fortsetzung von Seite 14

die Beseitigung von Altlasten aufzubringen seien. Der Bergbau sei Teil einer Industrie, die sich für die Lösung der Aufgabe mitverantwortlich fühle. Eine neue Lage sei jedoch gegeben, seitdem die beiden Gesetzentwürfe vorlägen. Es hätten sich verfassungsrechtliche Bedenken ergeben. Man müsse rasch zu einer verfassungsmäßig tragfähigen Grundlage kommen.

Für die Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie e.V. befürwortete Dr. Heinrich Malkwitz ebenfalls die Zielsetzung. Die Altlastensanierung sollte in möglichst pragmatischer Weise gelöst werden. Er berichtete, in NRW gebe es zwischen 200 000 und 300 000 Baustellen, auf denen Abfälle anfielen. Der Abfallbegriff sollte am Gefährdungspotential orientiert werden. Zur Feststellung, ob Kontaminierung vorliege, sollte eine Institution ähnlich den Prüfingenieuren eingerichtet werden, die gleichzeitig hoheitlich den Entsorgungsweg vorschlage.

Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve, Dr. Theodor Pieper, betonte, eine sichere Entsorgung sei von außerordentlicher politischer und industriepolitischer Bedeutung. Er stellte indessen die Frage, ob die Lösungen, die mit den Gesetzentwürfen angeboten würden, wirklich optimal seien. Es gebe mehr politische Einsicht, aber erbitterten Widerstand bei den Kommunen vor Ort. Zur verfassungsrechtlichen Seite sagte Pieper, es würde eine nicht problemlose Gratwanderung unternommen.

Hans-Hermann Beyer erklärte für den Westdeutschen Handwerkskammertag, die Fragen der Abfallentsorgung gewännen auch für das Handwerk zunehmend an Gewicht. Ausdrücklich begrüßte er, daß ein Verband als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Aufgaben der Sanierung und Entsorgung übertragen bekommen soll. Ein solcher Verband sei flexibler als staatliche Stellen.

Für die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt, den Deutschen Bund für Vogelschutz und den Bund für Umwelt, Naturschutz Deutschland begrüßte es Dr. Harald Friedrich, daß der Anschluß an die Bundesgesetzgebung geschaffen werden solle. Jedoch gäben die Naturschutzverbände zu bedenken, daß allein eine Novellierung eines Gesetzes noch nicht dazu beitrage, eine Veränderung u.a. hin zu Müllvermeidung zu bewirken.

LANDTAG INTERN
Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 43 03, 88 43 04 und 88 45 45, btx: * 568 01*
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern": Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf

Porträt der Woche

Kurt Krebs (CDU)

Die Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag, die als Arbeitnehmer neben der parlamentarischen Tätigkeit auch noch ihren Beruf aktiv ausüben, sind nicht in der Überzahl. Zu ihnen gehört Kurt Krebs aus Wuppertal. Der CDU-Abgeordnete, der über die Landesreserveliste seiner Partei im Mai 1985 den Sprung in das Düsseldorfer Landesplenum schaffte, ist Busfahrer bei den Wuppertaler Stadtwerken. Und auch nach seiner Mandatsübernahme sitzt er weiter am Lenkrad. Die Stadtwerke ermöglichten dem 43jährigen, Beruf und Mandat miteinander in Einklang zu bringen. So gehört er auch weiter dem Betriebsrat und Aufsichtsrat des städtischen Unternehmens an.

Der gebürtige Wismarer fühlte sich schon in jungen Jahren der Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer verpflichtet. Nach Besuch der Volksschule und Ausbildung zum Kraftomnibusfahrer trat Kurt Krebs schon früh in die Gewerkschaft ein. Sehr bald fand er dann auch den Weg zu den Sozialausschüssen der CDU und über sie in die Union. Seitdem erhält der Christdemokrat viel Anerkennung für seine stets „basisbezogene" Arbeit, bei Gewerkschaftskollegen ebenso wie bei Parteifreunden. So fühlt er sich auch als „Anlaufstelle" der Sorgen und Probleme der Mitbürger.

Als Mitglied des Verkehrsausschusses des Landtages bringt Kurt Krebs seine praktische Erfahrung in dieses Parlamentsgremium ein. Mit Nachdruck setzt er sich dort für einen „bürgernahen" öffentlichen Personennahverkehr ein. Bürgernah bedeutet für ihn, daß sich die Verkehrsbetriebe stärker nach den Bedürfnissen der Fahrgäste richten. So berücksichtigten sie noch zu wenig die Tatsache, daß der Arbeitnehmer immer mehr Freizeit habe und auch dann ein öffentliches Verkehrsmittel in Anspruch nehmen möchte. „Die Fahrpläne sind zu einseitig auf den Berufsverkehr ausgerichtet." Für den CDU-Landtagsabgeordneten sollte der öffentliche Nahverkehr nicht nur ein „Service-Angebot" sein, sondern eine Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgern.

Der Wuppertaler ist sich im klaren darüber, daß solch ein Anliegen viel Geld kostet, das die Städte und Kreise allein nicht aufbringen können. So plädiert er auch für ein stärkeres Engagement des Landes und des Bundes. Gleichzeitig läßt Kurt Krebs keinen Zweifel daran, daß er den Individualverkehr nicht mit „Gewalt" zurückdrängen wolle. Nur ein „Miteinander" sei sinnvoll. Als stellvertretendes Mitglied gehört er auch dem Ausschuß für Jugend und Familie, dem Sport- und Petitionsausschuß an.

Der Christdemokrat, der im politisch Andersdenkenden nicht seinen „Gegner" sieht, beklagt ebenso wie jüngst der Landtagspräsident den oft „verbissenen Umgang" zwischen den Düsseldorfer Abgeordneten. Die Bürger würden nach seiner Ansicht zwar akzeptieren, daß Politiker „hart diskutieren", sie würden aber nicht billigen, wenn Auseinandersetzungen bis an die Grenze der persönlichen Beleidigung gingen, sie sogar manchmal überschritten. Respekt und Toleranz gegenüber einer anderen Meinung sollte gerade in einem Parlament eine Selbstverständlichkeit unter Demokraten sein. Neben Beruf und politischer Tätigkeit hatte er mehrere Jahre lang noch eine weitere Aufgabe als ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Düsseldorf übernommen. Seit seiner Mandatsübernahme ist der Abgeordnete Schöffe am Wuppertaler Landgericht.

Auch in der Freizeit sitzt Kurt Krebs häufig am Steuer — er ist begeisterter Camper. Mit Ehefrau und vier Kindern hat er schon mehrmals die nordischen Länder besucht und kaum eine deutsche Landschaft ist für ihn unbekannt.

Jochen Jurettko